



Auszug aus dem substantiellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 26. November 2025

5449. 2024/493

**Postulat von Tanja Maag (AL) und Sophie Blaser (AL) vom 30.10.2024:
Teilnahme der Lernenden FaGe/AGS EFZ der Stiftung Alterswohnungen und der
Spitex Zürich sowie weiteren Lernenden von stadtnahen Betrieben am Workshop
«Tschäggenschäss» der Fachstelle für Gleichstellung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Tanja Maag (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3876/2024): FaGe-Lernende und AGS-Lernende sind Lernende in der Grundausbildung in Gesundheitsberufen und hinsichtlich körperlicher Nähe in ihrem Alltag sehr exponiert. Gemäss den neusten Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) vom letzten Jahr sind 60 Prozent der Arbeitnehmerinnen – ich nenne es bewusst «innen» – im Laufe ihres Berufslebens bereits mit sexistischem Verhalten oder sexueller Belästigung konfrontiert worden. In unserem Vorstoss geht es jedoch nicht nur um weibliche Personen, sondern um alle jugendlichen Lernenden. Es ist an der Zeit, dass wir als Politiker*innen und Arbeitgeber*innen eine Null-Toleranz entwickeln und sexistischer und sexueller Belästigung im Arbeitsalltag mit wirksamen Massnahmen entgegentreten. Null-Toleranz ist eine gewerkschaftliche Haltung wie auch die Haltung von uns Postulant*innen. Insbesondere jugendliche Arbeitnehmende müssen wir schützen und auf sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz sensibilisieren. Jugendliche Lernende sind aufgrund ihres Alters und Ausbildungsstatus am ausgeprägtesten Abhängigkeitsverhältnissen und Machtgefällen ausgeliefert. Wie erwähnt, arbeitet man in der Gesundheitsversorgung nahe mit Menschen, was immer wieder die Frage aufwirft, wie man eine gesunde Distanz wahren kann. Die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) hat rund 530 Anfragen pro Jahr zu gleichstellungsrelevanten Themen, wie wir durch eine Schriftliche Anfrage erfahren haben. Davon stammte ein Drittel aus der Stadtverwaltung. Zudem kann in den letzten Jahren ein starker Anstieg an Anfragen zum Thema sexuelle und sexistische Belästigung am Arbeitsplatz verzeichnet werden. Während alle Lernenden des Stadtspitals Zürich und der Gesundheitszentren für das Alter im ersten Ausbildungsjahr der Grundbildung an einem sensibilisierenden Workshop der ZFG teilnehmen, ist die Regelung bei Lernenden der Stiftung Alterswohnungen und bei der Spitex Zürich weniger eindeutig. Gerade im ambulanten Bereich wäre dies fast wichtiger, da auch Lernende in Ausbildung ab einem gewissen Zeitpunkt allein unterwegs sind. Sie müssen wissen, wie sie beim Klientenbesuch eine gesunde professionelle Distanz einnehmen.*



Dort haben sie kein Team im Hintergrund, das sie im Notfall oder in einer unangenehmen Situation unterstützen kann. Hinzu kommt die Hemmschwelle, jemandem zu Hause zu nahe zu treten. Darum ist es uns sehr wichtig, dass diese Lernenden am existierenden Angebot ebenfalls teilnehmen können. Die ZFG ist eine wichtige Anlaufstelle und konzipiert diese Workshops. Es ist naheliegend, Lernende der ambulanten Pflegebetriebe dort einzubinden.

Yves Peier (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. November 2024 gestellten Ablehnungsantrag: *Wir sind uns alle einig, dass sexistische und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ernst zu nehmende Themen und ein No-Go sind, gerade bei jungen Lernenden. Prävention ist wichtig, doch das Vorhaben des Postulats ist das falsche. Die Verantwortung für die Ausbildung und Sensibilisierung der Lernenden liegt in erster Linie bei den Betrieben selbst. Die stadtnahen Institutionen wie Spitem Zürich oder die Stiftung Alterswohnungen verfügen bereits über klare Strukturen und Instrumente, um die Lernenden zu schützen. Auch Berufsschulen leisten bereits viel in diesem Bereich. Dafür braucht es keine zusätzlichen Institutionen der Stadt. Das Postulat würde zudem zu mehr Bürokratie führen. Koordination, Administration, Terminplanung und Ressourceneinsatz benötigen Kapazitäten, die man anderswo dringender nutzen kann. In einer Zeit wachsender Verwaltungskosten müssen wir aufpassen, dass gut gemeinte Vorstösse nicht zur Aufgabenvermehrung führen. Eine städtische Pflichtteilnahme an einem spezifischen Workshop greift in die unternehmerische Freiheit der Betriebe ein. Viele Unternehmen verfügen über eigene Präventionsprogramme, die besser auf die berufliche Realität abgestimmt sind als ein standardisierte Workshop. Vertrauen wir unseren Betrieben, statt ihnen zusätzliche Vorgaben zu machen.*

Weitere Wortmeldungen:

Deborah Wettstein (FDP): *Das Postulat greift ein wichtiges Thema auf. Junge Leute in stadtnäheren Betrieben sollen besser vor sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz geschützt werden. Das unterstützt die FDP klar und somit auch das Postulat. Gerade in der Pflege arbeiten viele Leute in Situationen, in denen Nähe und Machtverhältnisse eine Rolle spielen. Lernende sind da besonders verletzlich. Eine gute Sensibilisierung ist daher sinnvoll. Aus Sicht der FDP wollen wir sicherstellen, dass gute Absichten nicht in gut gemeinte, aber wenig wirksame Bürokratie oder städtisches Mikromanagement mit detaillierten Vorgaben abdriften. Wir sind für eine Ausweitung des Workshops oder ähnlicher Angebote auf stadtnahe Betriebe offen. Einen solchen Kurs für Lernende des Stadtspitals obligatorisch zu machen, während andere ihn nicht absolvieren müssen, wäre inkonsistent und weder fair noch zielführend. Daher müssen wir verhindern, dass die Stadt voreilt und jedem Betrieb vorschreibt, was, wie und wann jemand etwas durchzuführen hat. Bevor wir ausweiten, erwarten wir eine faktenbasierte Prüfung, ob der Workshop tatsächlich eine messbare Wirkung bringt, was die Stiftung für Alterswohnungen und Spitem Zürich heute schon machen, wo es Doppelpraktik gibt und wie wir sicherstellen können, dass die Stadt nicht innerbetriebliche Prozesse*



reguliert. Wir wollen wirksame Prävention, keine Automatismen oder schlechende Regulierung, die mehr Bürokratie als Nutzen schafft. Die Stadt sollte nicht bevormundend, sondern partnerschaftlich und unterstützend auftreten. Vorgaben sind nur sinnvoll, wenn sie nötig sind. Die Verantwortung und Bewegungsfreiheit des Betriebs sollen erhalten bleiben. In der Regel wissen diese selbst am besten, wie sie Prävention im Alltag integrieren.

Dafi Muharemi (SP): Wenn wir über Lernende sprechen, sprechen wir über die Zukunft und unsere Verantwortung. Junge Leute erleben in dieser Phase viel Neues, viel Schönes, sind in dieser Zeit aber teilweise auch verunsichert. Darum ist es wichtig, dass wir als Stadt dafür sorgen, dass sie sich in ihrem Arbeitsumfeld sicher fühlen können. Es geht nicht um komplizierte Strukturen oder mehr Administration, sondern um die Frage, ob wir junge Menschen so unterstützen, dass sie ihre Lehre mit Respekt, Klarheit und Selbstvertrauen absolvieren können. Genau da setzt das Postulat an. Wir als SP sind der Überzeugung, dass alle Lernenden unabhängig von ihrem Betrieb die Möglichkeit haben sollen, von guter Präventions- und Sensibilisierungsarbeit und entsprechenden Angeboten zu profitieren. Nicht um dies vorzuschreiben, sondern der Fairness und im Bewusstsein ihrer Wirkung wegen. Prävention schafft Sicherheit, Sicherheit schafft Vertrauen und ein Umfeld, in dem sich junge Leute nicht allein wissen. Damit zeigen wir, dass sich die Stadt als Arbeitgeberin um ihre Lernenden kümmert und man sich auf sie verlassen kann. Das stärkt die Qualität unserer Betriebe. Die SP unterstützt das Postulat überzeugt.

Karin Weyermann (Die Mitte): Sexistische und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein No-Go, sei es im stadtnahen Betrieb oder in der Privatwirtschaft. Die Stadt Zürich hat eine wichtige Aufgabe. Gerade in stadtnahen Betrieben kann sie sich aktiv beteiligen, ohne den Institutionen Vorgaben im engeren Sinn machen zu müssen. Lernende und Jugendliche zu ermächtigen, mit solchen Situationen umzugehen und sie zu vermeiden, ist wichtig. In diesem Sinn unterstützt die Die Mitte/EVP-Fraktion diesen Vorschlag eindeutig.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Wir haben es schon oft gehört: Gewalt in verschiedenen Formen ist leider Alltag und macht auch vor dem Arbeitsort keinen Halt. Deshalb braucht es diverse Massnahmen gegen Gewalt und für die Sensibilisierung und Prävention. Gerade für potenziell Betroffene ist das äusserst wichtig. Wie wir von Tanja Maag (AL) gehört haben, sind Lernende besonders betroffen, da sie sich in Abhängigkeitsverhältnissen befinden. Gewalt ist immer ein Ausdruck von Macht, von fehlender Gleichstellung. Sie trifft somit überwiegend Menschen, die in Abhängigkeitsverhältnissen objektiv gesehen weniger Macht haben. Die Teilnahme an diesem Workshop finde ich enorm wichtig und für alle Lernenden sehr sinnvoll. Gleichzeitig gilt es zu betonen, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, Gewalt zu verhindern. Die Verantwortung kann nicht an Lernende abgegeben werden. Uns muss bewusst sein, dass sich Gewalt und Übergriffe trotz Prävention nicht verhindern lassen. Ein solcher Workshop dient dazu, die Lernenden damit nicht allein zu lassen und ihnen Massnahmen an-

die Hand zu geben, falls sie etwas Derartiges erleben. Dabei halten wir an unserer Einstellung fest, Gewalt gemeinsam zu verhindern. Die Grünen stimmen dem Vorstoss sehr gerne zu.

Sophie Blaser (AL): Tanja Maag (AL) und ich freuen uns sehr über die breite Zustimmung zu unserem Vorstoss. In der Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2023/480 haben wir detailliert nachgefragt, welche Angebote es schon gibt, was noch benötigt wird und welche Betriebe was machen. Als Anmerkung für die FDP möchte ich erwähnen, dass es nicht um stadtnahe Betriebe geht, sondern um Betriebe, die für die Stadt Zürich einen Leistungsauftrag erfüllen. Sie pflegen Personen teilweise allein und leider ist die Pflege eine Berufssparte, in der Übergriffe weitgehend normalisiert sind. Jeder Beitrag dazu, was in Ordnung ist und was nicht, wie man sich besser schützen kann oder wo man besser zu zweit vorbeigeht, ist wichtig. In der Schriftliche Anfrage haben wir auch formuliert, wann ein Leistungsauftrag nicht mehr erfüllt werden kann. Leider ist das manchmal nötig.

Das Postulat wird mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat